

### **Beschluss-(Resolutions-)antrag**

der ÖVP-Gemeinderätinnen Mag. Caroline HUNGERLÄNDER und Sabine SCHARZ, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2018 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

#### **betreffend Durchführung der Start Wien Module auf Deutsch mit muttersprachlicher Übersetzung**

Durch das vor einiger Zeit beschlossene Integrationsgesetz sind Werte- und Orientierungskurse für asylberechtigte und subsidiär schutzberechtigte Personen verpflichtend. Im Rahmen der Kurse werden den Teilnehmern die demokratische Ordnung und die sich daraus ableitbaren Grundprinzipien sowie die Regeln eines friedlichen Zusammenlebens vermittelt. Die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung aller Menschen und das Recht jedes Einzelnen auf ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben, sind als solche grundlegenden Werte jedenfalls zu behandeln. Die Stadt Wien vermittelt dieses Wissen im Rahmen der Start Wien Module.

Unbestritten ist weiter, dass Sprache Bewusstsein schafft, so auch das Bewusstsein, sich in eine kulturell wie sprachlich unterschiedliche Aufnahmegesellschaft integrieren zu müssen. Dabei kann die Bedeutung eines schnellen Spracherwerbs nicht unterschätzt werden. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, Teilnehmern der Start Wien Module von Beginn an die Bedeutung deutscher Sprachkenntnisse zu suggerieren, ohne derer sie nur eingeschränkt am öffentlichen Leben teilnehmen können. Sinnvoll erscheint daher, nach dem Vorbild der bundesweit abgehaltenen Werte- und Orientierungskurse, den Unterricht auf deutsch – mit muttersprachlicher Übersetzung zu halten.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

#### **Beschlussantrag:**

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Abhaltung der Start Wien Module auf Deutsch mit muttersprachlicher Übersetzung aus, um die Wichtigkeit der Beherrschung der deutschen Sprache zu unterstreichen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal beantragt.

Wien, 25.06.2018